

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 2+21 – Änderung des Schulgesetzes und Antrag auf Mehrbedarfskosten durch Umstellung auf G9

Dazu sagt die schulpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ines Strehlau:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 384.17 / 14.12.2017

Wir haben Bildungsgerechtigkeit und Bildungschancen im Blick

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,
liebe Zuschauer*innen,

mit der Änderung des Schulgesetzes schaffen wir Planungssicherheit für Familien und Schulen beim Thema G8 und G9. Denn so wie es aussieht, werden wohl alle G8 oder Y-Gymnasien zu G9 zurückkehren. G9 wird also wahrscheinlich das Regelangebot an den Gymnasien in unserem Land, so jedenfalls der Kenntnisstand der Landeseltern- und Schüler*innenvertretungen.

Wir Grüne können der Rückkehr zu G9 zustimmen, dafür gibt es mehrere Argumente: Die Mehrheit der Eltern, vor allem der Eltern, die noch keine Kinder am Gymnasium haben, will eine längere Schulzeit am Gymnasium. Das zeigen sowohl die repräsentativen Umfragen als auch die Anmeldezahlen an den GY-Gymnasien deutlich.

Die Diskussionen an den Gymnasien in den letzten Monaten hat offenbart, dass auch an den bestehenden G8 Schulen nicht alle überzeugt von dem Konzept sind. Es ist gut, das Gesetz jetzt zu verabschieden, damit Familien bei der Anmeldung am Gymnasium im kommenden Frühjahr wissen, wie lange die Schulzeit ihrer Kinder dauern wird.

Eltern und Schüler*innen wissen dann auch, dass die zweite Fremdsprache in Klasse 7 beginnt. Es gibt auch gute Argumente für Klasse 6. Bei Eltern und Schulen wurde die Frage heiß diskutiert. Oft gingen die Entscheidungen knapp aus. Für uns Grüne war ausschlaggebend, dass sich so die erste Fremdsprache über zwei Jahre festigen kann, bevor die nächste kommt. Außerdem wird so die Durchlässigkeit von der Gemein-

schaftsschule zum Gymnasium gewährleistet, denn auch an den Gemeinschaftsschulen beginnt die zweite Fremdsprache in Klasse 7.

Wir haben mit unserem Bildungspaket auch beschlossen, dass die Gymnasien Unterstützung bei der Organisation der Umstellung zu G9 bekommen, damit sie ihre oft innovativen Konzepte aus G8 auf die längere Schulzeit in G9 anpassen können. Außerdem bekommen die Gymnasien, die ein Ganztagsangebot machen wollen, in Klasse 5-7 je eine Wochenstunde mehr. Dies war ein Wunsch vieler Eltern. Bei der Entscheidung der Schulkonferenz, um bei G8 oder GY bleiben zu können, hätten wir uns ein niedrigeres Quorum gewünscht. Aber hier gilt der Koalitionsvertrag.

Bleibt noch das Thema Konnexität: Im Januar wird es hierzu ein Spitzengespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und den kommunalen Spitzenverbänden geben, damit Klarheit bei diesem Thema geschaffen wird. Wir Grüne haben gesagt, dass wir die Kommunen bei der Umstellung auf G9 unterstützen. Dazu stehen wir. Und wir sind sicher, dass die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen eine gute Lösung finden wird.

In der Anhörung gab es einen interessanten Aspekt zu G9. Frau Professor Anger vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung schrieb in ihrer Stellungnahme, dass Jugendliche aus Nicht-Akademiker*innenfamilien durch G8 größere Unsicherheiten über die eigenen Fähigkeiten und beruflichen Perspektiven haben. Außerdem steigt die Studierneigung durch G8 für Jugendliche aus Akademiker*innenhaushalten. Für Jugendliche aus Nicht-Akademiker*innenfamilien sinkt sie hingegen recht deutlich gegenüber G9.

Heißt im Umkehrschluss: G9-Abiturient*innen, vor allem aus Nicht-Akademiker*innenfamilien, wissen häufiger, welchen beruflichen Weg sie nehmen wollen und sie studieren häufiger. Man könnte also sagen, G9, egal ob an Gymnasien, Gemeinschaftsschulen oder beruflichen Gymnasien, ist ein Baustein für Bildungsgerechtigkeit. Das ist ein sehr positiver Effekt, wie ich finde!

Soziale Durchlässigkeit und gute Bildungschancen für alle: Diese Themen hat auch die Jamaika-Koalition im Blick. Deshalb haben wir vereinbart, den Bildungsbonus, also Mittel für Schulen mit besonderen Herausforderungen, um ein Jahr vorzuziehen. Er wird zum Schuljahr 2019/2020 eingeführt, startet also zeitgleich mit G9 und wird mit deutlich mehr Mitteln ausgestattet als geplant. Wir geben jährlich drei Millionen Euro mehr. Damit geben wir vor allem Grund- und Gemeinschaftsschulen Rückenwind. Zusammen mit den Maßnahmen in 2018, wo wir 45 Millionen Euro zusätzlich für alle Schularten zur Verfügung stellen, bringen wir unser Bildung weiter nach vorne. Also alles ziemlich gut.

Trotzdem ein paar kritische Anmerkungen: Wir muten den Lehrkräften, Familien, Schüler*innen und den Schulträgern mit jedem Strukturwechsel einiges zu. So auch bei der Rückkehr zu G9. Das Thema Bildung eignet sich hervorragend, um das Bauchgefühl der Menschen anzusprechen. Jede*r ist mal zur Schule gegangen, hat mehr oder weniger prägende Erfahrungen dort gemacht oder hat Schulkinder in Familie oder Bekanntenkreis. Da hatte die CDU einen guten Riecher.

Aber bringen die Strukturwechsel auch etwas? Wir Grüne sind weiterhin keine Fans von ständigen Wechseln. Wir wollen den Schulen lieber Zeit für inhaltliche Arbeit geben. Und es wäre für die Schulen auch besser, wenn sie nicht bei jeder Wahl eine Umstellung fürchten müssen. Deshalb finde ich die Initiative von Wissenschaftler*innen und Bildungsinteressierten spannend. Grund für diese Initiative ist der immer noch große Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft eines Kindes und seinem Bildungserfolg. Auch in Schleswig-Holstein müssen wir da noch besser werden.

Die Initiative fordert die Einsetzung eines unabhängigen Bildungsrats, in dem Expert*innen aus allen Bereichen vertreten sind: Schulpraxis und Erziehungswissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Sie sollen Leitlinien und konsensfähige Reformvorschläge für die Entwicklung unseres Bildungssystems erarbeiten.

Damit würden wir Kontinuität in die Bildungspolitik bringen und auch die bundesweite Vergleichbarkeit im Bildungssystem verbessern. Ich bin gespannt, ob es dazu kommt. Es wäre eine Chance.
